i.A.22.14.7.3. - CB/BMP

Bern, den 11. März 1991

## VERTRAULICH

## Informations hebdomadaires 11/91

	Ind	<u>Index</u>				
	1)	Besuch des ungarischen Handelsministers Béla Kadar (K) in der Schweiz, 45. März 1991:  - Gespräch mit Bundesrat Delamuraz und Staatssekretär Blankart  - Entretien avec le Chef du SEF  - Gespräch mit Botschafter J.C.A. Staehelin		2 3 4		
,	2)	Arbeitsbesuch von Staatssekretär Jacobi in den USA, 2 8.3.1991		. 5		
	3)	Gespräch Botschafter J.C.A. Staehelin (SIN) mit einer Delegation ukrainischer Parlamentarier, Bern, 5.3.1991		17		

an	DAC						a/a
Datum	12.3						
Visa		1.	1.				
			1 2. 1	RZ.	391		
Ref		3.	75.	77			



Gespräch Botschafter J.C.A. Staehelins (SIN) mit einer Delegation ukrainischer Parlamentarier, Bern, 5.3.1991

Das Gespräch im EDA, um das die Parlamentarier ersucht hatten, fand durch Vermittlung der Genfer Karl Popper-Stiftung statt. Die Stiftung hatte die Delegation zu einem Aufenthalt in der Schweiz zwecks Studium unseres föderalistischen Systems eingeladen. Der Delegation gehörten M. Rudenko (R), KP, Präsident des Sekretariats des ukrainischen Parlaments; I. Yuchnovsky (Y), Präsident des Nationalen Rates, Vertreter aller Oppositionsparteien, sowie M. Shulha, KP; O. Moroz, KP und V. Nosov an. SIN war begleitet von U. Lehner (PA III), C. Meier (Politisches Sekretariat) und P. Pardo (PA I).

## Zur Lage in der Sowjetunion

Gemäss R lässt sich die Entwicklung der Lage in der Sowjetunion nur schwer voraussagen. Gegenwärtig sei die Sowjetunion an einem wichtigen Wendepunkt angelangt, und es könnten bereits in zwei bis drei Wochen, das heisst im Anschluss an das nationale Referendum vom 17. März über die Weiterführung der Union, entscheidende Weichen gesetzt werden. Die jetzige Unsicherheit wird u.a. dadurch genährt, dass mehrere Republiken ihre Teilnahme am Referendum verweigert haben.

In Moskau haben jüngst Vertreter aller Republiken an einem neuen Entwurf für den Unionsvertrag gearbeitet, welcher voraussichtlich noch vor dem Referendum veröffentlicht werden wird. Neben der Neuverteilung der Kompetenzen ging es dabei vor allem um die Regelung der Staatsausgaben und des Statuts der autonomen Republiken. Laut R soll die Sitzung – vor allem wegen der letztgennanten Frage – stürmisch verlaufen sein, da die autonomen Republiken ähnliche Unabhängigkeit wie die Sowjetrepubliken verlangten. Gemäss neuem Unionsvertrag erhielten die Sowjetrepubliken viel grössere Kompetenzen als bisher, u.a. im Bereich der Aussenpolitik. Y, Vertreter der Oppositionsparteien, ist allerdings der Meinung, dass der Entwurf mangels Klarheit in

allen diesen Fragen nicht auf Zustimmung des Volkes stossen wird. Er bemängelte insbesondere die von ihm als einseitig (sprich konservativ) bezeichnete Zusammensetzung der Arbeitsgruppe.

## Zur Aussenpolitik der Ukraine

Zu den aussenpolitischen Absichten der Ukraine angesprochen, welche bekanntlich Vollmitglied der UNO ist, sagte R, dass in Zukunft vermehrt der Kontakt zu den westeuropäischen Ländern gesucht werden wird. Als Beispiele erwähnte Y den Beitritt der Ukraine zur Europäischen Menschenrechtskonvention, zur europäischen Kulturkonvention sowie zum Europarat.

Abschliessend hob Y hervor, dass es Aufgabe aller befreundeten Staaten sein müsse, die Bemühungen der Ukraine bei der Demontage des hochgefährlichen 4. Reaktorblocks der Nuklearanlage von Tschernobyl zu unterstützen.

M. -

K. Jacobi